

An die Beschlüsse der Versammlung vom 12. März angepasstes Diskussionspapier

Stamentants zu dem Diskussionspapier bitten wir an Peter Grottian, Tel.: 0171- 8313314, pgrottia@zedat.fu-berlin.de und information@soziale-bewegung.de zu senden.

Mut zur Wut – Alternativen zu Hartz IV: Zehn-€-Jobs, Grundeinkommen, 300 €-Alg II-Aufstockung

Das Programm und die Aktionen in Kürze:

10-€-Jobs, Grundeinkommen und Mindestlohn in gleicher Höhe sowie eine Alg II-Aufstockung um 300 € sind die Positivziele unserer Protestbewegung, die wir durch 1-€-Jobber-Streiks und Boykottaktionen bei "Lidl" für menschenrechtliche Arbeitsbedingungen flankieren wollen.

I. Wo wir stehen

Für einen kurzen Augenblick im Spätsommer und Herbst des letzten Jahres schien es so, als ob die parlamentarische Stellvertreterdemokratie über eine soziale Protestwelle stolpern würde, die sie durch eine massenhafte und gleichzeitige Versendung der Hartz IV-Anträge ausgelöst hatte. Diese übergreifenden Proteste gehören mit zu den längsten sozialen Auseinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie sind in der Dauer vergleichbar mit den gewerkschaftlichen Kämpfen um die Vierzig-Stunden-Woche in den fünfziger Jahren, und es gibt immer noch handlungsfähige Initiativen, wöchentliche Demonstrationen, vor allem in den ostdeutschen Städten. Bei der SPD-Monitoring-Gruppe wird auf der Straße Rechenschaft eingefordert. Es wird wieder mehr zu monatlichen Demonstrationen, Konflikten, Aktionen und kulturellen Auseinandersetzungen kommen.

Diese Protestbewegung entstand spontan, bedurfte nicht der Unterweisung und Planung der professionellen AktivistInnen, war nicht von den Zuwendungen der parteilichen und gewerkschaftlichen Funktionäre abhängig. Diese sozialen Abwehrkämpfe haben zu einer vorsichtigen Annäherungen der immer noch differenzierten Widerstandskulturen geführt. Die Tradition der bürgerbewegten Gewaltfreiheit der „Montagsdemonstration“ traf auf das Instrument der direkten Aktion beim „Agenturschluss“.

Die Zeitenwende von 1989 brachte nicht nur die Hoffnung auf eine umfassende Demokratisierung hervor, bei der die geforderten Freiheitsrechte immer mit den sozialen Grundrechten zusammengedacht waren. Bei dem damals eingeforderten Dialog ging es um eine neue Mündigkeit und Selbstbehauptung gegenüber dem Staat und aus einer empfundenen Notsituation heraus um eine Durchsetzung der eigenen Forderungen durch das Instrument der direkten Demokratie.

Das Ende der Systemkonfrontation war auch der Beginn des Durchbruchs der neoliberalen Leitideologie in dieser Republik. Diese wurde zur nationalen „Schicksalsgemeinschaft“ in einer neuen innersystemischen Konfrontation der nationalen Wettbewerbsstaaten um die globale Aufteilung der Rohstoffe, Märkte und Produktionsstandorte erklärt. 10 Jahre später verlautbarten die Entscheidungseliten Europas in Lissabon, dass die EU bis 2010 zur dynamischsten Wirtschaftsregion ausgebaut werden soll. Die Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur, die Bildung und das Gesundheitswesen werden ebenso wie die Systeme der sozialen Sicherung den Anlage- und Verwertungsinteressen privater Kapitalanleger geöffnet. Die Logik der Umwandlung vom Allgemeingut zur Ware steht hinter der Einführung von Studiengebühren und der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser und Energie. In dem öffentlichen Knappheitsdiskurs tauchen Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut nur noch als Kostenfaktor in der „gesellschaftlichen“ Bilanz auf.

Anfang Januar war die Aktion "Agenturschluss", die Attacke auf die Arbeitsämter zumindest ein Achtungserfolg. Aber auch unsere Defizite waren und sind offensichtlich: Keine sichtbaren programmatischen Alternativen, keine Massenmobilisierung, keine zureichenden Allianzen von attac, lokalen Protestbündnissen, linker Szene und Gewerkschaftsbasis, keine zugespitzten Formen des zivilen Ungehorsams. Und: eine infrastrukturelle Binnenstruktur, die viele Wünsche offen ließ.

Die Defizite der Herrschaftsmächtigen sind allerdings ebenfalls unverkennbar: Vertrauen in die Agenda 2010 und in die positiven Wirkungen von Hartz IV ist nirgends spürbar, auch wenn Parteivorstände, Chefkommentatoren und Konzernchefs das Gegenteil behaupten. Hartz IV ist noch lange nicht "durch". Nach seinen selbst gesetzten Zielen, die er verfehlen wird, müsste Clement ab Mai/Juni seine Koffer packen. Diese Aussicht könnte ein wenig realistischer werden, wenn soziale Protestgruppen ein Gegenprogramm formulieren und sich intensiv auf

Frühjahrs- und Herbstaktionen vorbereiten. Mit welchen Forderungen könnte man die im Moment etwas müden Geister wecken?

Die Betroffenen eint die Perspektive, dass sie entweder ohne Erwerbsarbeit menschenwürdig leben oder mit gesellschaftlich einigermaßen sinnvoller Arbeit ohne Existenzangst und Zwang arbeiten wollen. Unsere Perspektive kann nicht die Reform der Hartz-Gesetze oder der Alg II-Logik sein – deren Durchbrechung ist unsere Ziel. Es geht um eine doppelte Option menschenwürdigen Lebens: Existenzsichernde, möglichst selbst bestimmte Arbeitsplätze und ein Grundeinkommen, das seinen Namen im Sinne einer Freiheit von Angst und bürokratischer Zurichtung verdient. Die Forderung nach Zehn-Euro-Jobs in dieser zweifachen Perspektive wäre ein Projekt, das Hartz IV-Betroffene, Ein-Euro-Jobber und "Hungerlöhner" verbinden könnte. Es wäre wohl die einzig mögliche Kampfansage an einen sich brutal entwickelnden Niedriglohnssektor, in dem bereits - außerhalb von Hartz IV - Stundenlöhne von zwei Euro gezahlt werden.

II. 10-€-Jobs, Grundeinkommen und Mindestlohn, aber sofort 300 €-Alg II- Aufstockung: Warum nicht ein Streik der 1-€-Jobber zur NRW-Landtagswahl?

Zehn-Euro-Jobs wären schon jetzt überwiegend zu finanzieren, wenn die verschiedenen Leistungsbestandteile von Hartz IV und die 500-Euro-Prämie für die Trägerorganisationen von Ein-Euro-Jobs direkt an die Menschen als Lohn gezahlt werden würde. Diese Forderung könnten die Gewerkschaften übernehmen, in deren Reihen ein "vernünftiger Mindestlohn" zumindest von einer Minderheit propagiert wird. Die Zehn-Euro-Forderung wäre für künftige Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder noch eine passende Provokation. Denn Verdi, die öffentlichen Arbeitgeber und der Beamtenbund wollen eine Parallelstruktur von normalen Tarifverhandlungen und massenhaften Ein-Euro-Jobs zulassen, ohne überhaupt den Skandal zu thematisieren, der mit den Ein-Euro-Jobs geschaffen wurde. Und schließlich sollte zwischen den verschiedenen Protestgruppen die Zehn-Euro-Forderung im Prinzip konsensfähig sein. Hier wird dafür plädiert, die 10-€-Forderung argumentativ nach vorn zu bringen, weil jeder Mensch sie versteht, etwas damit anfangen kann und weiß, wofür es zu kämpfen gilt. Weil eine solche Durchsetzung seine Zeit brauchen wird, ist eine Sofortforderung nach der Erhöhung des Sockelbetrages um 300 € nach einem "realistischen Warenkorb" unabweisbar. Damit verbunden ist die Forderung an die Kommunen, ein garantiertes Bleiberecht in den Wohnungen zu etablieren, nicht mehr die Schreckenspolitik der wohnungsmäßigen Enteignung fortzusetzen. Dazu gehört auch ein wirkliches Hilfsprogramm für die 3,1 Mio. überschuldeten Haushalte zu starten – Schuldentürme dürfen dem neuen Arbeits- und Lebensanfang nicht völlig verbauen.

Der wichtigste Punkt aber wäre: Endlich gäbe es ein ganz konkretes Protestziel, das als gerecht und angemessen empfunden wird: Arbeit ohne Zwang, mit Arbeitsfeldern nach gesellschaftlichem Bedarf und zu Sozialstandards, die menschenrechtlich vertretbar sind. Mit einer qualitativ anderen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik muß man aus menschenrechtlich-demokratischen Gründen beginnen. Hierfür gilt es, Konzepte zu entwickeln und widerständig umzusetzen.

a) Menschenrechtsgemäße Grundeinkommen statt Arbeitslosengeld II

Alle Bürgerinnen und Bürger sollen als gleiche und freie Personen ohne existentielle Ängste leben können. Dieses Versprechen kann nur einigermaßen eingehalten werden, wenn der soziale Grund alle Mitgliedern der Gesellschaft erwartbar politisch demokratisch gewährleistet wird. Das heißt rechtssicher und ohne Angst vor den wechselnden Klimazonen des eigenen Schicksals. Folgende Kriterien wären maßgeblich:

- Der Sockelbetrag, den jede Person erhält, muss so hoch sein, dass er ein bürgerliches Leben ohne Not gestattet.
- Der erheblich über dem gegenwärtigen Arbeitslosengeld II liegende Sockelbetrag verletzt die persönliche Integrität derjenigen nicht, die ihn beziehen. Das ist ein entscheidender Unterschied zur Sozialhilfe. Der individuelle Rechtsanspruch für alle muß verbürgt sein. Er wird an die lokalen Lebensbedingungen angepaßt. Er ist unabhängig von der öffentlichen Kassenlage.
- In kleinen sozialen Einheiten, an jedem Ort, in jedem Stadtteil wird der Fond der Grundeinkommen öffentlich zugänglich verwaltet. Der Verwaltungsaufwand ist infolge des nicht diskriminierenden Charakters der Mittelvergabe gering. An den Entscheidungen, der Vergabe- und den Überprüfungen, die öffentlich gemachten Einwänden gelten, sind vor allem diejenigen angemessen zu beteiligen, die primär von den Grundeinkommen leben.
- Es ist strikt darauf zu achten, dass die basisdemokratische Prägung bleibt. Die Anträge zur Grundeinkommen sind auf wenige, leicht überprüfbare Fragen zu beschränken. Sie greifen nicht tief in die Integrität der Personen ein. Die wichtigsten Entscheidungen fallen lokal. Sie werden zwischen den Instanzen und ihren lokal unmittelbar von den Beziehern der Grundeinkommen gewählten Vertretern ausgehandelt.

Erst das Grundeinkommen schafft die Voraussetzung der Freiheit von Angst. Erst eine solche Freiheit von Angst macht demokratisches Verhalten möglich. Kurzum: das Grundeinkommen ist die positive Antwort auf die strukturelle Krise der kapitalistisch verfassten Arbeitsgesellschaft.

b) Sich selbst eine Arbeit geben. Den Arbeitsmarkt von unten dynamisieren

Erwerbsfähigen und Erwerbwilligen werden unkonventionell 10 € pro Stunde Arbeitsplätze unterschiedlichen Typs angeboten. Diejenigen, die brach liegende Arbeit tun wollen, können sich selbst einen Arbeitsplatz entlang ihren Qualifikationen, Motivationen und Möglichkeiten suchen. Bürgerinnen und Bürger bestimmen über ihre Erwerbstätigkeit in Inhalt und Form, nicht primär ein vermachtes unberechenbarer Markt und eine kafkaesk verstellte und verschiebende Bürokratie. Ein großes Spektrum von Arbeitschancen dehnt sich attraktiv. Diejenigen, die sich selbst eine Arbeit geben, arbeiten als Betreuer von Alten, von Schülern, von Behinderten und Kindern. Als Stadtteilhelferin, Fußball-Fanclub-Begleiterin, Rechercheurin in Forschungsprojekten, Fliegende Café-Dienstleisterin, Märchenerzählerin für Kinder, Festivalhelfer, Ökologieassistenten, City-Cleanern, Lehrerassistenten, Quartiersmanagerin und Musikassistentin. Die neuen Arbeitnehmleute finden, erfinden, wählen und suchen ihre Arbeitsplätze. Auch Gruppen, Initiativen, Vereine, Projekte können diese Arbeitsplätze vorschlagen, ja offensiv dafür werben. Groß- und Mittelbetriebe sind von dem Programm grundsätzlich ausgeschlossen. Die Menschen schließen einen Arbeitsvertrag über Teil- oder Vollarbeitszeit, der zunächst auf drei Jahre begrenzt ist. Die Arbeitsverträge müssen den Minima der Europäischen Sozialcharta entsprechen. Die Arbeit ist so zu entgelten, dass der Lohn der Arbeit als Untergrenze 10 € pro Stunde beträgt.

Das Programm will Erwerbslose oder schlecht beschäftigte Personen ermutigen. Sich selbst etwas zu trauen, selbst nach Arbeit zu suchen und Neugier auf möglicherweise ungewohnte Tätigkeitsfelder zu entwickeln. Wenn diejenigen, die gesellschaftlich entlohnte Arbeit suchen, selbst aktiv werden – das ist unsere Annahme –, dann werden ihre erfolgreichen Beispiele andere mitziehen. Der Arbeitsvertrag wird zur Regelungsinstanz dieses Projekts.

Das bedeutet: Ein formell korrekt abgeschlossener regulärer Arbeitsvertrag ist der "Ausweis" für die Arbeitsagentur, die nur ein formelles Prüfungsrecht hat (Arbeitsaufnahme, korrekte Ausformulierung des Arbeitsvertrages) und danach die gesellschaftliche Finanzierung auslöst. Wichtig ist: der Arbeitsvertrag ist das Steuerungsinstrument und nicht die marktvermittelnde Logik des Niedriglohnsektors. Natürlich wird es Mitnahmeeffekte und Missbrauch geben – aber sie könnten sich angesichts der Freiheit in der selbst gewählten Arbeit in Grenzen halten. Eine lokalparitätisch besetzte "Schiedsstelle" könnte möglicherweise Sinn machen.

Zwei Stufen dieses Programms öffentlichen Arbeitsangebots zu verwirklichen, sind vorgesehen: Erste Stufe: Erwerbslose probieren bei vollem Gehalt für drei Monate einen Arbeitsplatz aus. Darüber hinaus erhalten sie einen Qualifikationszuschuss. Mit dessen Hilfe können sie sich beraten und von verschiedenen Beratungsagenturen unterstützen lassen. Diese Beratungsagenturen machen im Konsens mit dem „Arbeitgeber“ und dem „Arbeitnehmer“ Vorschläge über die Zukunft des Arbeitsplatzes, seine Qualifikationserfordernisse und die Art der Fortbildung. Entscheidend ist es, dass „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ übereinstimmen. Die Beratungsagenturen können ehrenamtliche lokale Gremien, private Agenturen, Handwerker oder Arbeits-, Jugend- und Sozialämter sein. Sie sind die Joblotsen mit Kompetenz und Überzeugung, aber ohne die Marterwerkzeuge von negativen Sanktionen. Zweite Stufe: Auf drei Jahre begrenzt werden in der ersten Etappe öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt, um in den Beruf einzusteigen. Es ist finanzierbar – und zwar sofort!

Wer soll das bezahlen? Wie hoch die Kosten sein werden, lässt sich vorweg nicht genau voraussagen. Das Experiment neuer Arbeit wird nur sinnvoll, wenn zunächst wenigstens 1 – 2 Mio. Erwerbslosen eine Chance eröffnet wird. Wenn diese im Durchschnitt Verdienste hätten, die mindestens 15.000 Euro im Jahr über dem Arg II lägen, dann sind 15 – 30 Mrd. Euro jährlich öffentlich aufzubringen. Gewiss ist, dass die Kosten erheblich geringer sein werden, als diejenigen, die rund um die Arbeitslosigkeit anfallen. Arbeit der neuen Vielfältigkeit ist selbst rechnerisch das mit Abstand wohlfeilste Politikvorhaben. Gegenwärtig fließen fast 40 % der Ausgaben durch Steuern, Sozialbeiträge, Mehrwertsteuern u.ä.m. wieder in irgendeiner Form an die öffentlichen Haushalte zurück. Wer menschenrechtsgemäße Grundeinkommen und selbstbestimmte, vielfältigste Arbeitsplätze neu denkt, kommt nicht daran vorbei, die Schlußfolgerungen für Arbeits- und Sozialämter ebenfalls neu zu denken: sie könnten teilweise schlicht abgeschafft werden.

c) Umverteilung von aller Arbeit statt Arbeitszeitverlängerung

„Arbeitsplätze von unten“ machen nur einen Sinn, wenn gleichzeitig das vorhandene Arbeitsvolumen verteilt wird. Die jetzt geforderte Arbeitszeitverlängerung ist eine perverse Antwort auf die Notwendigkeit, durch Verkürzung von Arbeitszeit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zu Arbeitszeitverkürzungen zählen: eine staatlich flankierte Verkürzung der Wochen- und Tagesarbeitszeit; die Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit; die besondere Förderung

von Teilzeit für junge Paare; Vorruhestandsregelung; Einstellungskorridore für die jüngere Generation. Am erfolgversprechendsten erscheinen nach wie vor radikale Arbeitszeit-verkürzungen mit differenziertem Lohnausgleich und gleichzeitiger staatlicher Steuer-entlastung für diejenigen, die wenig verdienen (Modell: Arbeitszeitverkürzung mit Steuer-kompensation für Niedrigverdienende). Das Problem besteht aber aktuell darin, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften wenig daran interessiert sind, die Arbeitslosigkeit als den zentralen Gegenstand der Tarifverhandlungen anzusehen. Eine Mindestforderung wäre, zu-mindest das Finanzvolumen von 0,5 % der jeweiligen Tarifangebote (2 – 4 %) in neue Arbeitsplätze unterschiedlichen Typs umzuwandeln. Für den öffentlichen und privaten Sektor könnten auf diese Weise jährlich 300- 600.000 neue Arbeitsplätze in Teilzeit oder Vollzeit gewonnen werden.

Wer über eine Verteilung gesellschaftlich notwendiger und wünschbarer Arbeit redet, darf über die Potenziale, die in einer Geschlechterdemokratie stecken, nicht schweigen. Ein angemessenes Verständnis von Arbeit meint Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Erziehungsarbeit und vielfältige Formen soziokultureller Arbeit. Gegenwärtig wird Arbeits- und Machtteilung zwischen den Geschlechtern mehr gewünscht. Sie wird aber nicht gefördert, sondern geradezu bestraft. Erst wenn Geschlechterdemokratie als Produktivkraft entdeckt wird, erhält sie ihre mögliche gesamtgesellschaftliche Wirkung. Der wirkungsvollste Hebel wäre, diejenigen, die Arbeit mit Partnerschaften, Allein-Leben, Familie mit Kindern als balanciertes Lebensmodell praktizieren wollen, gesellschaftlich zu belohnen. Das Ehegatten-Splitting in Verbindung mit weitreichenden Teilzeitangeboten abzuschaffen, könnte eine erhebliche Dynamik auslösen.

Es spricht einiges dafür, dass sich das positive Image der Ein-Euro-Jobs bald verflüchtigen wird. Die jetzt in den Medien vorgeführten "glücklichen Ein-Euro-Arbeiter" haben bisher ihre Tätigkeiten relativ frei wählen können. In diesen Wochen aber setzt eine Fallmanager gesteuerte, nach neuen Zumutbarkeitskriterien operierende Zwangs-Ein-Euro-Job-Ver-mittlung ein, die mit den Arbeitswünschen der Betroffenen wenig zu tun haben wird. Deshalb ist es notwendig, die Selbstorganisationsversuche der Ein-Euro-Jobber zu unterstützen, Beratungs- und Infrastrukturleistungen anzubieten. Zu klären ist, ob eine gezielte Arbeitsniederlegung mit der Forderung nach einem Zehn-Euro-Job von ihnen getragen werden kann. Eine solche Arbeitsniederlegung wäre mit dem 20. Mai gut platziert, zwei Tage vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.

Wer einen Streik der 1-€-Jobber oder zumindest eine mehrstündige Arbeitsniederlegung propagiert, muß sich auch über den Aushandlungsmodus Gedanken machen. Man könnte sich nach dem Vorbild der französischen Erwerbslosen-Initiativen einen öffentlich entscheidenden Tisch der Parität von 1-€-Jobbern, Erwerbsloseninitiativen, Sozialprotestinitiativen, zwei von jeder Seite zu nominierende "Experten" und öffentliche und private Arbeitgeber (Bund, Länder, Kommunen) vorstellen. Zwangsbeschäftigte benötigen dringend einer rechtlichen Mitwirkung möglichst mit Gewerkschaften oder auch als autonome Vertretungsmacht. Diese Konstruktion ist nicht sonderlich originell, aber ohne Aushandlungsmodus verpuffen die Forderungen zu rasch. Natürlich ist gründlich und verantwortlich über den Streik und die zu erwartenden Repressionen (Rausschmiss) nachzudenken. Vermutlich wird eine mehrstündige Arbeits-niederlegung nicht mit harten Repressionen geahndet. Die Lehmanns und Hubers der beiden Kirchen können einen solchen inneren Konflikt kaum riskieren. Die Basis murrte ohnehin wegen des kirchlichen Agenda-2010-Gehorsams.

III. Lidlschluß – gegen menschenrechtsverletzende Arbeitsbedingungen

Nicht nur in fernen Ländern, sondern auch in der Bundesrepublik gibt es Unternehmen, die soziale Grundrechte ihrer MitarbeiterInnen täglich verletzen. Das verdienstvolle, von Verdi herausgegebene Schwarz-Buch über *Lidl* präsentiert eine Argumentations- und Materialbasis, die sich für provozierend-gehaltvolle Aktionen an und in den Märkten von *Lidl*, *WalMart* oder *Aldi* nutzen lässt: Störungen, freundliche Übernahmen und echte Schließungen. Solche Aktionen werden erhebliche Widersprüche und Gegenreaktionen hervorrufen ("wir wollen billig einkaufen"). Aber "Billig" auf Kosten der Beschäftigten muss Grenzen haben - genauso wie die Ein-Euro-Jobs.

Die Varianten von Lidl-Aktionen sollen nach den Prinzipien des "Agenturschlusses" entwickelt werden:

- Schließung einer Lidl-Filiale ("wegen inhumaner Arbeitsbedingungen heute für 3 Stunden geschlossen");
- gezielter Boykott durch "Kunden- und Kundinnenberatung" (Kauft heute woanders, Billig hat seine Grenzen!");
- Kaufberatung in der Lidl-Filiale verstecktes Theater ("Kunden-Dialoge");
- Spenden für bessere Bezahlung der Lidl-Mitarbeiter ("Wir sind für Euch, aber gegen Eure Konzern-Vorstände").

Inzwischen haben wir Gespräche mit ver.di aufgenommen und loten konstruktiv die möglichen Gemeinsamkeiten für Aktionen aus. Kurz: Im Mai/Juni könnten wir konzeptionell überzeugend und in Kombination mit guten Aktionen die Sozialproteste anders und erneut entfachen.